



OV-Rundschreiben 3/2004

Liebe Mitglieder,

am 30. Juni 2004 hat der Landtag von Baden-Württemberg die Verwaltungsreform verabschiedet. Damit ist die Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände zum Jahresende und die Kommunalisierung der Behindertenhilfe zum Jahresbeginn 2005 Fakt. Obwohl die Verbände schriftlich sowie in vielen Gesprächen ihre Sorgen formuliert haben, hat sich am Gesetzestext nichts verändert. „Nur“ wurde an vielen Stellen deutlich erklärt, dass die erhoffte Effizienzrendite von 20 Prozent für die Eingliederungshilfe nicht gilt. Bestehende Rahmenverträge sollen über das Jahresende „zunächst“ weiter gelten. Die kommunalen Spitzenverbände sowie die Landeswohlfahrtsverbände arbeiten nun mit Hochdruck an einem „reibungslosen“ Übergang der Zuständigkeit für die Eingliederungshilfe auf die Stadt- und Landkreise. Auch hier sind wir alle gefragt, uns einzumischen!

„Subventionsabbau“ folgt auf Reformen. So plant die Bundesregierung Kürzungen bei der Freifahrtenregelung von Schwerbehinderten im öffentlichen Nahverkehr. Das Südwestfernsehen hat dazu mit uns einen Nachrichtenbeitrag gemacht. Auch hier bleiben wir dran.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Ulrich Karg
Vorsitzender

Jutta Pagel
Geschäftsführerin

In dieser Ausgabe – Kurz und aktuell

Persönliches Budget: Neuregelung ab 1. Juli 2004	2
Aktuelles zur Verwaltungsreform Baden-Württemberg Gesetz wurde am 30. Juni 2004 beschlossen	2
Landeswohnraumförderungs- programm 2004	3
Behindertengleichstellungsgesetz Land und Bund Landesgesetz ist (erneut) angekündigt Bundesgesetz bietet Grundlage für Verbands- klage am konkreten Fall des Bahnhofs Ober- kochen	3
Bundesregierung plant Kürzungen bei Bus- und Bahnfahrten Wegfall der sog. 50-km-Grenze“ geplant	4
Im Gespräch: Wegfall der Rundfunkge- bührenbefreiung für Schwerbehinderte	4
Vermischtes Aktion Mensch: 1000Fragen-Projekt zur Bio- ethik wird fortgesetzt	5
Aus den Ortsvereinen Lörrach, Ludwigsburg, Pforzheim	5
LV-Aktuell: In eigener Sache ... Erinnerung: Mitgliedsbeitrag 2004, Dokumentation „Tag behinderter Menschen im Parlament“, „Wandern mit dem Rollstuhl“ am 3. September 2004, 14 Uhr gemeinsam mit Regierungspräsident Dr. Andriof bei Ellwan- gen, Ferienhäuser in Roquetas de Mar Pressespiegel	5

**Persönliches Budget:
Neuregelungen ab 1. Juli 2004**

Nach der Budgetverordnung des Bundes, die ab 1. Juli 2004 gilt, können Menschen mit Behinderung Sachleistungen auch als Geldleistungen im Rahmen eines Persönlichen Budgets erhalten. Sind mehrere Leistungsträger beteiligt, wird es als trägerübergreifende Komplexleistung erbracht. Ziel ist „Hilfen aus einer Hand“ zu gewähren. Aus mehreren Teilbudgets der beteiligten Träger wird ein Gesamtbudget geschaffen, das der beauftragte Rehabilitationsträger in einer Summe an den Budgetnehmer überweisen wird. Für das stark gegliederte Rehabilitationswesen bedeutet dies geradewegs eine Sensation!

Für den Bereich Eingliederungshilfe sind die örtlichen Sozialhilfeträger (Stadt- und Landkreise) zuständig – außer in den Modellregionen Bodenseekreis, Landkreis Rems-Murr, Landkreis Reutlingen. Dort wird (zumindest) bis zum Jahresende 2004 der Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern zuständig sein; derzeit wird geklärt, ob der neue kommunale überörtliche Sozialverband für die Modellregionen auch weiterhin zuständig bleibt.

Modellversuch Baden-Württemberg

Die Konzeption des Modellversuchs wird zum 1. Juli 2004 an die neuen Rechtsgrundlagen angepasst. Die aktualisierte Fassung wird in Kürze als download auf der Internetseite des Sozialministeriums www.sozialministerium-bw.de abrufbar sein. Dort finden Sie bereits jetzt den Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum 31. März 2004.

Bislang bleibt die Beteiligung weiter hinter den Erwartungen zurück. In den drei Modellregionen gibt es aktuell etwa 40 Budgetnehmer, überwiegend Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung. Erstmals werden nun auch zwei körperbehinderte Menschen Eingliederungshilfe als persönliches Budget erhalten. Wir sind gespannt auf deren Erfahrungen.

Die LAG Hilfe für Behinderte Baden-Württemberg hat die Trägerschaft für die unabhängige Budgetassistenz übernommen. Nachdem mittlerweile für die Dauer des Modellprojektes die Finanzierung sichergestellt werden konnte, wurden auch Mitarbeiter für diese Aufgabe eingestellt. Die Beratung durch die Budgetassistenz ist für Budgetnehmer (Familie / gesetzliche Betreuer) kostenlos.

Weitere Informationen sind bei der LV-Geschäftsstelle erhältlich.

**Aktuelles zur Verwaltungsreform
Baden-Württemberg**

Am 30. Juni 2004 hat der Landtag von Baden-Württemberg das Verwaltungsstrukturreformgesetz beschlossen. Es tritt wie geplant zum 1. Januar 2005 in kraft. Damit sind die Auflösung der beiden Landeswohlfahrtsverbände sowie die Übertragung der Zuständigkeiten für die Eingliederungshilfe auf die Stadt- und Landkreise beschlossen.

Unter der Federführung des LWV Württemberg-Hohenzollern wird eine Arbeitsgemeinschaft aus Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände, der LIGA der freien Wohlfahrtspflege („Leistungserbringer“), der Sozialhilfeträger („Leistungsträger“) sowie der Betroffenen- und Angehörigenverbände gegründet. Ziel ist es, den Aufgabenübergang von den Landeswohlfahrtsverbänden auf die Stadt- und Landkreise bzw. auf den neuen überörtlichen sozialen Kommunalverband zu begleiten. Dabei sollen mögliche Probleme frühzeitig ermittelt, besprochen und gelöst werden.

Weitere Informationen sind bei der LV-Geschäftsstelle erhältlich.

Landeswohnraumförderungsprogramm 2004

Für reichlich Ärger sorgte die späte Verabschiedung (22. März 2004) der Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums zum Landeswohnraumförderungsprogramm 2004. **Ein Bauvorhaben darf nicht vor Bewilligung von Fördermitteln begonnen werden. Ausnahmeregelungen gibt es keine.**

Da die Fördermittel im Landeshaushalt erneut stark gekürzt wurden, ist abzusehen, dass nicht alle Anträge bewilligt werden können. Wir empfehlen daher eine möglichst frühzeitige Antragsstellung! Fördervorrang haben dennoch Bauvorhaben mit Wohnungen für schwerbehinderte Menschen mit spezifischen Wohnungsversorgungsproblemen (z. B. Rollstuhlfahrer, Blinde). Das Vorliegen eines Schwerbehindertenausweises allein reicht nicht aus, die Entscheidung trifft die Wohnraumförderungsstelle nach pflichtgemäßem Ermessen.

Weitere Informationen gibt es bei der LV-Geschäftsstelle.

Behindertengleichstellungsgesetz Land und Bund

Land

Seit langem fordern die Verbände ein Landesgleichstellungsgesetz. Bereits vor zwei Jahren hatten wir einen gemeinsamen Gesetzentwurf für ein Landesgleichstellungsgesetz dem zuständigen Sozialminister Dr. Repnik überreicht. Beim letztjährigen „Tag behinderter Menschen im Parlament“ am 14. Oktober 2003 wurde ein solches Gesetz versprochen. Nachzulesen ist ähnliches auf der Homepage des Sozialministeriums. Dort wird ein Gesetzentwurf vor der Sommerpause 2004 angekündigt. Bei der Ankündigung ist es bislang allerdings geblieben – obwohl unter Federführung der LAG Hilfe für Behinderte beim Europäischen Protesttag am 5. Mai 2004 und auch der Sozialverband VdK bei

seiner Verbandsversammlung diese Woche nachhaltig ein Landesgleichstellungsgesetz forderte. Aus Gesprächen ist uns bekannt, dass das Sozialministerium erneut einen Gesetzentwurf erarbeitet hat, der sich aktuell nochmals in der Ressortabstimmung befindet. Als kritisch werden haushaltsrelevante Regelungen (z.B. Kostenübernahme für Gebärdendolmetscher) bewertet. Wir hoffen trotz dieser Risiken und der geplanten Regierungsumbildung darauf, dass der Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause in die Anhörungsrunde kommt.

Bund

Die Beteiligungsrechte bei Planungen, einer der zentralen Punkte des Gesetzes, bewähren sich zunehmend. Wir waren bereits in zahlreichen Projekten im Rahmen der Anhörung beteiligt und konnten Verbesserungsvorschläge einbringen.

Der wohl spektakulärste Fall bislang ist die Anhörung zur Neugestaltung des Bahnhofes Oberkochen im Ostalbkreis. Dort soll der schienengleiche Übergang abgeschafft werden und stattdessen eine Fußgängerunterführung (nur Treppenanlage, weder Rampe noch Aufzug) zu einem neuen Mittelbahnsteig gebaut werden. Als Hauptgrund nennt die Bahn das geringe Aufkommen an Reisenden. Nach einer internen Richtlinie werden Aufzüge nur gebaut, wenn täglich mindestens 1.000 Reisende den Bahnhof nutzen. Seit Jahren wehren wir uns gegen diese Benachteiligung; insbesondere im ländlichen Raum ist dies nicht zu erreichen. In unserer Stellungnahme haben wir daher die Neubaupläne abgelehnt, da sie eine Verschlechterung der bisherigen Situation bedeuten. Da die Bahn dennoch an ihren Plänen festhält, hat nun unser Bundesverband Klage eingereicht. Dieser Klage hat sich der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter (Sitz: Krautheim) angeschlossen. Damit ist bundesweit die erste Verbandsklage nach dem Behindertengleichstellungsgesetz auf den Weg gebracht worden. Gemeinsam mit unserem Ortsverband Aalen / Ostwürttemberg werden wir für den Bundesverband das Klageverfahren begleiten.

Bundesregierung plant Kürzungen bei Bus- und Bahnfahrten

Die Bundesregierung plant, die Freifahrten von Schwerbehinderten erheblich einzuschränken. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Wertmarke zur Nutzung des Nahverkehrs nur noch im Verkehrsverbund gilt, in dem der Wohn- und Arbeitsort des schwerbehinderten Menschen liegt. Wenn es keinen Verkehrsverbund gibt, tritt an dessen Stelle der Landkreis. Ersatz gestrichen wird die bislang geltende „50-km-Regelung um den Wohnort“. Die Neuregelung soll bereits am 1. Januar 2005 gelten.

Hintergrund ist die sog. Subventionsabbauliste der Ministerpräsidenten Steinbrück (SPD, Nordrhein-Westfalen) und Koch (CDU, Hessen). Danach gelten pauschale Erstattungen des Bundes an Verkehrsunternehmen für den Fahrtkostenausfall als Subventionen, die bis 2006 reduziert werden müssen. Derzeit betragen die Zuschüsse jährlich 240 Millionen Euro. Im Jahr 2005 sollen 17 Millionen Euro und ab dem Jahr 2006 25,8 Millionen Euro gekürzt werden.

Die ersten Zeitungsmeldungen über die geplanten Kürzungen haben wir sofort zum Anlass für eine Pressemitteilung genommen. Wir lehnen eine Kürzung ab, da sie eindeutig zu Lasten schwerer behinderter Menschen geht. Diese sind schon durch die Belastungen der Gesundheitsreform überdurchschnittlich belastet worden. „Verlierer“ der Neuregelung werden schwerbehinderte Menschen, die wenig verdienen und außerhalb der Verkehrsverbünde im ländlichen Raum leben, sein. Einen klassischen behinderungsbedingten Nachteilsausgleich als Subvention zu bezeichnen, lehnen wir ebenso ab.

Der Südwestrundfunk hat das Thema für die Landesnachrichten aufgegriffen und am 27. Juni 2004 darüber berichtet. Am Beispiel unseres Vorstandsmitgliedes Marin Druzinec wurde gezeigt, wie sich die Kürzungen auswirken.

Im Gespräch: Wegfall der Rundfunkgebührenbefreiung für Schwerbehinderte

In Zeitungen sowie in Radio und Fernsehen wird über den möglichen Wegfall der Rundfunkgebührenbefreiung für Schwerbehinderte berichtet. Auch SWR-Intendant Voß sprach davon vor kurzem in einer öffentlichen Sitzung des Rundfunkrates.

Hintergrund dieser Überlegungen ist die aktuelle Diskussion über die vorgesehene Erhöhung der Rundfunk- und Fernsehgebühr um 1,09 Euro zum Jahresbeginn 2005. Diesen Betrag empfiehlt die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfes der Rundfunkanstalten (KEF) den Bundesländern. Gebührenbefreiung gibt es derzeit für Schulen, aus sozialen Gründen (z.B. Schwerbehinderung, Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt), in besonderen Betrieben und Einrichtungen (z.B. in Krankenhäusern, Einrichtungen der Behindertenhilfe, der Jugendhilfe, der Altenhilfe). Im 14. KEF-Bericht wird ausgeführt: „Würden keine Gebührenbefreiungen gewährt, wäre die monatliche Rundfunkgebühr im Jahr 2002 bei Zugrundelegung bundesweiter Befreiungsquoten um 1,34 Euro niedriger gewesen.“

Die Diskussion um die Neuordnung der Rundfunkgebühren ist in vollem Gange. Als Vertreterin der baden-württembergischen Behindertenorganisationen im SWR-Rundfunkrat hat sich unsere Geschäftsführerin bereits ausführlich mit dem Thema befasst. Entscheidungen wurden von den Bundesländern noch nicht getroffen. Da der Rundfunkgebührenstaatsvertrag Einstimmigkeit bei der Abstimmung aller 16 Bundesländer erfordert und sich die Bundesländer bislang sehr uneinheitlich gezeigt haben, droht (aktuell) noch keine Änderung. Baden-Württemberg hat sich für eine „gerechte Lösung“ ausgesprochen.

Weitere Informationen gibt es bei der LV-Geschäftsstelle.

Vermischtes

Aktion Mensch: 1000Fragen-Projekt zur Bioethik wird fortgesetzt

Im Internet unter www.1000fragen.de wird die Bevölkerung von Aktion Mensch aufgerufen, an der Debatte um die Bioethik aktiv teilzunehmen. Über 50 Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Verbänden, Kultur und Medien haben die Patenschaft für eine der 9.000 Fragen übernommen und begründet, warum sie gerade diese Frage für wichtig und diskussionswürdig halten. In dem Internetforum geht es nicht um eine Abstimmung, sondern um einen möglichst breiten und offenen Austausch. Noch bis Ende Juli 2004 sind die Foren offen. Anschließend soll – wie bereits in der ersten Projektphase – die Diskussion und ihr Verlauf in einem Buch dokumentiert und veröffentlicht werden.

Aus den Ortsvereinen

Lörrach

„Richtig Dampf gemacht“ hat der Ortsverein Lörrach bei seinem 30-jährigen Jubiläum. Vorsitzende Irmgard Sutter legte in ihrer Ansprache den Finger in die Wunde und forderte auch in Zeiten knapper Kassen die Unterstützung von Stadt und Landkreis ein. Landrat und Oberbürgermeisterin hörten sehr genau zu beim offiziellen Festakt. Die „rollenden Zwölf“, die Theater-AG des Wohnheims präsentierte auf eindrucksvolle Weise ihre Sicht auf Leben. Ein Wochenende lang feierte der Verein seinen runden Geburtstag im Kreise vieler Freunde aus Nah und Fern.

Ludwigsburg

Fit für die Zukunft präsentierte sich unser Ortsverein Ludwigsburg bei seiner Mitgliederversammlung. Nach einer „Durststrecke“ hat der Verein in den vergangenen zwei Jahren neu durchgestartet. Äußeres Zeichen war bereits die Namensänderung in Gemeinsam e.V., ein familienentlastendes Angebot und viele neue Ideen. Verwirklicht wurde mittlerweile auch ein Internetauftritt www.gemeinsam-ev.de. Bei der

Jahreshauptversammlung konnte daher Vorsitzender Rolf Krimmer recht zufrieden auf die geleistete Arbeit blicken. Aus beruflichen Gründen schied er jedoch aus dem Amt aus. Auch der Landesverband dankt Herrn Krimmer für sein Engagement.

Neu an der Spitze steht nun Eva-Maria Weppler-Rommelfanger sowie Albert Vogel als deren Stellvertreter. Erstmals in der Vereinsgeschichte wurde ein Rollstuhlfahrer selbst in den Vorstand gewählt: Marin Druzinec aus Pleidelsheim. Wir gratulieren allen neu- und wiedergewählten Vorstandsmitgliedern und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit!

Pforzheim

An Christi Himmelfahrt war ein großer Tag für unseren Ortsverein Pforzheim. Parallel zum „Hohe-Warte-Fest“ des Musikvereins Hohenwart wurde der neu geschaffene Wanderweg für Rollifahrer eingeweiht. Am Forum Hohenwart wurde eine Orientierungstafel aufgestellt und die zwei Rundwanderwege, die unterschiedliche Ansprüche an die Wanderfreunde stellen, extra beschildert. Bei strahlend blauem Himmel machte sich eine Gruppe des Ortsvereins Pforzheim unter Leitung von Vorsitzendem Udo Witteck, Bewohnerinnen und Bewohnern des Kappelhofes sowie in Begleitung unserer LV-Geschäftsführerin Jutta Pagel auf den Weg. Lobende Worte für die beispielhafte Aktion des Ortsvereins fand auch Staatssekretär Stefan Mappus (Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg) für das Engagement des Vereins. Die Touren sind im Wanderführer des Landesverbandes genau beschrieben.

Landesverband aktuell: in eigener Sache ...

... erinnern wir Sie freundlich daran, dass der **Mitgliedsbeitrag 2004 zum 30. Juni 2004 fällig** war. Leider haben bislang nur wenige Ortsvereine uns den Berechnungsbogen zurückgesandt.

... seit kurzem liegt die **Dokumentation der Veranstaltung „Tag behinderter Menschen im Parlament – Politiker suchen den Dialog“ am 16. Oktober 2003** vor. Die Dokumentation kann in gedruckter Form kostenlos angefordert werden beim Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart, Fax 0711 / 2063 – 299 oder im Internet unter www.landtag-bw.de angefordert werden.

... laden wir ein zum gemeinsamen **„Wandern mit dem Rollstuhl“** mit Herrn Regierungspräsident Dr. Udo Andriof (Nordwürttemberg) am **Freitag, 3. September 2004, 14 Uhr durch das Naturschutzgebiet „Vorbecken Buch“** zwischen Ellwangen und Aalen auf der Ostalb.

... weisen wir auf unsere **Ferienhäuser in Roquetas de Mar** (Andalusien / Spanien) hin. Vereinzelt sind auch noch kurzfristig Buchungen für den Sommer 2004 möglich!